

Große Demo gegen Antisemitismus vor dem Rathaus

Rund 600 Menschen erinnerten bei einer Gedenkveranstaltung an die Opfer des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023.

VON CHRISTOPHER TRINKS

DÜSSELDORF In vielen Städten Nordrhein-Westfalens wurde am Mittwoch an die Opfer erinnert, die beim Terrorangriff der Hamas auf Israel vor drei Jahren getötet wurden. Auch in der Landeshauptstadt Düsseldorf kamen am Mittwochabend zahlreiche Menschen vor dem Rathaus zu einer Kundgebung zusammen. Aufgerufen dazu hatte der Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte. Unter dem Namen „Es ist uns ernst: Gegen jeden Antisemitismus“ sollte aber nicht allein der Opfer des 7. Oktober 2023 gedacht werden. So waren auch viele Menschen gekommen, um nach dem jüngsten Angriff auf einen jüdischen Mann am Düsseldorfer Rheinufer ein Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus in der Stadt zu setzen.

Bereits im Vorfeld hatte sich ein breites Bündnis von rund 40 Düsseldorfer Vereinen und Organisationen dem Aufruf des Förderkreises angeschlossen. Entsprechend füllte sich der Marktplatz am Abend zunehmend mit Menschen. Die Polizei sprach am Ende von rund 600 Teilnehmern. Auch mehrere Personen

aus Politik, Stadtgesellschaft sowie Vertreter von Düsseldorfer Institutionen waren gekommen. Wortbeiträge gab es unter anderem von Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU), der stellvertretenden NRW-Ministerpräsidentin Mona Neubaur (Grüne), Michael Szentei-Heise (ehemaliger Verwaltungsdirektor der Jüdischen Gemeinde) und der Aktivistin Rivkah Young, Vorsitzende des Vereins Dus4Jews).

Es sei nicht die Aufgabe der jüdischen Gemeinde, zu einer Kundgebung gegen Antisemitismus aufzurufen, sagte die Förderkreis-Vorsitzende Henrike Tetz gleich zu Beginn. „Das ist primär Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft. Und diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst.“ Doch seit dem 7. Oktober 2023 und seinen geopolitischen Folgen sei der Antisemitismus in Deutschland mehr und mehr präsenter und spürbarer geworden.

„Wir müssen darüber reden, wie rasant und selbstbewusst dieser inzwischen auftritt und wo er sich überall zeigt. In Kneipen, in Hörsälen, in der Teestube und im Bierzelt, in Parlamenten und Vereinen, im virtuellen Raum und auf der Stra-

ße“, sagte Tetz. Das könne man bei verschiedenen gesellschaftlichen Schichten als auch im politischen Spektrum beobachten. „Wir sehen ihn ganz rechts und auch ganz links und leider auch an dem Ort, den wir die politische Mitte nennen.“

Oberbürgermeister Keller sprach von einer „Düsseldorfer Allianz gegen Antisemitismus“, die an diesem Tag gestartet ist – eine offizielle Erklärung, gemeinsam für jüdisches

Leben und gegen Antisemitismus einzutreten, hatten Vertreter von Messe, Flughafen, Rheinbahn, dem Rat der Religionen und weiteren Partnern vor der Demo im Rathaus unterzeichnet. Denn das Problem sei allgegenwärtig, nicht nur in Düsseldorf. Für Keller sei es unerträglich, „wenn jüdische Menschen hier für die Politik eines anderen Staates verantwortlich gemacht werden. Wenn aus Kritik an israelischer Poli-

tik die Dämonisierung Israels wird.“

Doch der Konflikt in Gaza werde mittlerweile auch auf den Straßen, Schulhöfen und in den Straßenbahnen ausgetragen. Dagegen müsse man als Zivilgesellschaft laut einstehen, Verantwortung übernehmen und handeln, so Keller. „Eine Kippa darf am Rheinufer kein Risiko sein. Ein Davidstern darf auf einem Schulhof keine Mutprobe sein. Kein jüdischer Mensch in unserer Stadt muss sich entscheiden müssen zwischen Sichtbarkeit und Sicherheit.“

Dabei müsse man Keller zufolge insbesondere junge Menschen in Düsseldorf gezielter erreichen und sie stärker für das Thema Antisemitismus sensibilisieren. „Man kann Gaza im Herzen tragen und in Garath zu Hause sein. Man kann an Hebron denken und Heerdt seine Heimat nennen. Man kann beides: die Heimat der Eltern oder Großeltern, die eigenen Wurzeln, die Geschichte der Familie und zugleich die eigene Heimatstadt Düsseldorf im Herzen tragen“, sagte Keller. Aber die Verbundenheit mit der Herkunft der eigenen Familie dürfe „niemals zur Rechtfertigung von Hass und Menschenverachtung werden.“



Dem Aufruf des Förderkreises der Mahn- und Gedenkstätte schlossen sich zahlreiche Düsseldorfer Vereine und Institutionen an.

FOTO: GEORG SALZBURG